

Ein kaiserliches Versprechen auf Empfehlung beim nächsten Reichstag, auf das sich die Fürsten von Liechtenstein noch Jahrzehnte später berufen, aber ein Versprechen mit gebundenen Händen, ohne Wert, wenn kein entsprechender Besitz nachgewiesen ist!

Wir können heute nicht mehr feststellen, wer gegen das Fürstenhaus gearbeitet hat. Gelegentlich wird von allgemeiner Abneigung der altfürstlichen Häuser gegen die neuen Fürsten gesprochen, und die Ansicht über Intrigen des Hofes sind nicht von der Hand zu weisen. Möglich ist auch, dass die Vorbereitungen zur Aufnahme zu spät eingesetzt haben. Jedenfalls erhielten, wie die Reichstagsakten ausweisen, die Fürsten von Dietrichstein, Auersperg und Piccolomini schon Ende 1653 die Einladung zum Reichstage, weil eine kaiserliche Empfehlung schon vorlag, und Fürst Gundacker wirft seinem Neffen Carl Eusebius in einem Briefe vor, dass, wenn er «das Negotium mit rechtem Ernst angegriffen und, wie andere getan, urgiert hätte», das Ziel erreicht worden wäre.

Verwirrung brachte wohl auch ein Protest der Fürsten mit dem Anspruche, dass das Fürstenhaus, weil es früher zur Würde der Reichsfürsten gelangt war, den neuernannten Mitgliedern des Reichstages vorgehen müsse. Diese «Protestation und Reservation» wird später noch wiederholt, zuletzt vom Fürsten Johann Adam im Jahre 1709 bei seinem Aufnahmegesuch an die Reichsversammlung.

Bis zur Erwerbung der Herrschaft Schellenberg

Es war nun klar geworden, dass die Bemühungen entweder eingestellt oder aufs neue auf Besitzerwerbung gerichtet werden mussten. Fürst Ferdinand Johann sendet noch im Mai 1654 ein «Gutachten wegen Reichssachen, das Haus Liechtenstein betreffend» an seinen Bruder Hartmann.

Er gibt darin verschiedene Anregungen und greift auch die Frage der Erwerbung der Markgrafschaft Burgau wieder auf, «absonderlich, weil sie dem Erzherzog Carl zugehöre, der ohnedies zu Zeiten das Seinige nicht sehr achtet», schlägt Verhandlungen mit dem Kaiser vor, ob Görz oder die Windische Mark zu haben sei, oder Erkundigungen um Herrschaften in Schwaben oder in der Eifel. Es wird auch die Anregung vorgebracht, Güter in Österreich und Mähren zu einem Fürstentum erheben zu lassen.